

Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen

Ausgabe: GV. NRW. 2011 Nr. 7 Veröffentlichungsdatum: 05.04.2011

Seite: 199

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (Justizgesetz Nordrhein-Westfalen – JustG NRW)

304

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Justiz im Land Nordrhein-Westfalen (Justizgesetz Nordrhein-Westfalen – JustG NRW)

Vom 5. April 2011

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1

Das Justizgesetz Nordrhein-Westfalen (Artikel 1 des Gesetzes zur Modernisierung und Bereinigung von Justizgesetzen im Land Nordrhein-Westfalen vom 26. Januar 2010, GV. NRW. S. 30) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- 1.1 In Teil 4: Justizkostenrecht wird die Überschrift zu Kapitel 1: "Gebührenbefreiung, Stundung und Erlass von Kosten" durch die neue Überschrift "Gebührenbefreiung, Stundung, Niederschlagung und Erlass von Kosten" ersetzt.
- 1.2 In der Inhaltsangabe zu Teil 4: Kapitel 1 wird die Angabe "§ 123 Stundung und Erlass von Kosten" durch die Angabe "§ 123 Stundung, Niederschlagung und Erlass von Kosten" ersetzt.
- 1.3 In Teil 6: Schlussbestimmungen wird die Angabe "Anlage zu § 125 Absatz 2" durch die Angabe "Anlage zu § 124 Absatz 2" ersetzt.
- 2. Teil 4: Justizkostenrecht wird wie folgt geändert:
- 2.1 Die Überschrift zu Kapitel 1: "Gebührenbefreiung, Stundung und Erlass von Kosten" wird durch die neue Überschrift "Gebührenbefreiung, Stundung, Niederschlagung und Erlass von Kosten" ersetzt.
- 2.2 § 123 wird wie folgt geändert:
- 2.2.1 Die Überschrift wird wie folgt neu gefasst:

"Stundung, Niederschlagung und Erlass von Kosten".

- 2.2.2 In Absatz 1 wird die Angabe "§ 1 Absatz 1 Nummern 5 bis 9" wird durch die Angabe "§ 1 Absatz 1 Nummern 4b bis 9" ersetzt.
- 2.2.3 Nach Absatz 1 wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:
- "(2) Ansprüche der in Absatz 1 genannten Art können befristet oder unbefristet niedergeschlagen werden, wenn feststeht, dass die Einziehung keinen Erfolg haben wird oder wenn die Kosten der Einziehung außer Verhältnis zur Höhe des Anspruchs stehen."
- 2.2.4 Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.
- 2.2.5 In Absatz 4 Satz 2 neu werden nach den Wörtern "seines Geschäftsbereichs" die Wörter "oder auf andere Stellen, die Forderungen aus dem Justizressort beitreiben," eingefügt.

3. Die Überschrift der Anlage 2 wird wie folgt geändert:
Die Angabe "Anlage zu § 125 Absatz 2" wird durch die Angabe "Anlage zu § 124 Absatz 2" ersetzt.
Artikel 2
Inkrafttreten
Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2011 in Kraft.
Düsseldorf, den 5. April 2011
Die Landesregierung
Nordrhein-Westfalen
Die Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft
(L. S.)
Der Justizminister
Thomas Kutschaty

GV. NRW. 2011 S. 199